

Editorial

Schritt für Schritt zu mehr Ökostrom



Die Energiepreise steigen. Ein guter Grund mehr auf regenerative Energien zu setzen. Die Stadt bietet die Möglichkeit an, in Bürgersolaranlagen zu investieren. Sie garantiert dafür gute Zinsen! Also greifen Sie der Stadt unter die Arme – für mehr Ökostrom und CO₂-Einsparung. Sie verdienen gleichzeitig daran zum Nutzen der Allgemeinheit. Weitere In-

formationen über Frau Molitor Tel.: 88-59217 und Herr Dr. Franke Tel.: 88-59212.

Erfreulich auch: die Stadt Essen plant, den städtischen Strombedarf künftig über die städtische EVV selbst zu decken- ein Vertrag mit dem RWE läuft aus. Das eröffnet neue Möglichkeiten ohne RWE! Stromwechsel bleibt weiter ein Thema. Zwar verliert das RWE Kunden, aber nach wie vor ist der Konzern mit seiner umweltschädlichen Stromproduktion aus Braunkohle und Atomstrom der mit Abstand größte Stromversorger nicht nur in Essen. Zeigen sie den Energiemonopolen endlich die Rote Karte! Wechseln sie zu Firmen, die Strom ausschließlich aus regenerativen Energien vertreiben. Wechseln sie zu den Firmen Naturstrom, Lichtblick, den Elektrizitätswerken Schönau oder Greenpeace Energy, damit die Firmen ihren Marktanteil vergrößern können. Der Strom kommt bei Ihnen weiterhin aus der Steckdose, aber sie stärken damit jene, die im Sinne der Schöpfung möglichst umweltschonend Energie produzieren. Die Ökostromfirmen sind mittlerweile sogar preiswerter als das RWE oder verlangen bestenfalls einen vergleichbaren Preis wie die Großkonzerne, die den Energiemarkt beherrschen. Also machen sie einen einfachen Schritt weg von den Monopolen hin zu einer nachhaltigen Energieproduktion

Politisch bereiten wir uns auf die Kommunalwahl vor, dafür verbrauchen wir intern Energie. Mit einem Spitzenteam bestehend aus Hiltrud Schmutzler-Jäger und Rolf Fliß wollen wir in diese Wahl ziehen und dafür sorgen, das unsere Ziele in Essen weiterhin gut vertreten werden. Hiltrud wird für uns als Oberbürgermeister-Kandidatin antreten.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre Julia Kahle-Hausmann

Inhalt

Schritte für mehr Ökostrom	1
GRÜNE nominieren Doppelspitze	2
Messechef und Messeerweiterung vom Tisch	3
Gegen Müllimporte aus Neapel	3
GRÜNES Licht für Kirmesplatz und Straßenstrich	4
Lärm macht krank Lärminderungsplanung in Essen	5
Futschikato - LEG-Wohnungen vom Land verscherbelt	6
Niederflurstraßenbahnen statt U12 für die Südstrecke	7
Kopfnoten - Unsinn wird fortgesetzt	7
Ruhr: Trinkwasser-Schutz Maßnahmen sofort umsetzen	8
Umweltzone unzureichend Löcher im Flickenteppich schließen	8
Dresden - Aktion für den Erhalt des Weltkulturerbes Elbtal	9
Kai's Brief aus Berlin	10
Junge Grüne gegen Umbau des Rathauseingangs	11
GRÜNE Tipps und Termine	12

GRÜNE nominieren Doppelspitze – Hiltrud Schmutzler-Jäger als OB-Kandidatin

In einer äußerst turbulenten Sitzung haben die Essener GRÜNEN auf einer mit fast 70 Mitgliedern sehr gut besuchten Mitgliederversammlung die Weichen für den Kommunalwahlkampf gestellt.

In mitreißenden Reden warben Hiltrud Schmutzler-Jäger und Rolf Fliß für die Nominierung als OB-Kandidat/in. Damit haben sich zwei der bekanntesten und profiliertesten Köpfe der Essener Grünen bereit erklärt, GRÜNE Inhalte und Positionen als Alternative zu den SPD- und CDU-Kandidaten anzubieten.

Die veränderte Zeitschiene der vorgezogenen Kommunalwahl macht die Wahl der OB-Kandidaten erst in der zweiten Jahreshälfte möglich, so konnten die Mitglieder zahlreiche Fragen stellen und Meinungen austauschen. Dabei ging es teilweise hoch her, am Ende blieb jedoch die klare Feststellung, dass beide Kandidaten für die vor Ihnen liegenden Aufgaben höchst qualifiziert sind. Nach einer Sitzungsunterbrechung und einigen Gesprächen im kleineren Kreis kamen beide dann überein, ein Spitzenteam zu bilden. Das heißt im Klartext: Hiltrud als Sprecherin der jetzigen GRÜNEN Ratsfraktion und Fraktionsgeschäftsführerin wird die OB-Kandidatin und Rolf, jetziger Bürgermeister, soll sie dabei konstruktiv unterstützen und den ersten offenen/Männer-Platz auf der zukünftigen Ratsreserveliste einnehmen. Mit dieser Doppelspitze liegen wir analog zur laufenden Europameisterschaft gut im Rennen, zumal SPD und CDU jeweils nur mit einem Frontmann (Ein-Mann-Spitze) sehr defensiv aufgestellt sind. Wir bieten dagegen eine Frau an der Spitze und geben unserem Wahlkampf damit auch ein weibliches Gesicht. Beide erzielten bei der Nominierung eine Zwei-Drittel-Mehrheit - ein gutes Ergebnis angesichts der stets kritischen GRÜNEN Mitgliedschaft. Und letztlich auch ein Beweis dafür, dass die GRÜNEN immer noch anders sind als andere Parteien, in denen Auseinandersetzungen hinter verschlossenen Türen stattfinden und auf Parteitag einstimmige Ergebnisse abgefeiert werden, von denen alle wissen, dass sie nicht die wirkliche Meinung der Partei widerspiegeln.



Beide betonten die äußerst gute Zusammenarbeit in der gesamten Ratsfraktion, die die GRÜNEN Einflüsse auf die Politik der schwarz-GRÜNEN Kooperation überhaupt möglich gemacht hat.

Rolf und Hiltrud sprachen sich dafür aus, als eigenständige politische Kraft im Wahlkampf für GRÜNE Inhalte zu werben und benannten u.a. den Umwelt- und Klimaschutz sowie die Sozial- und Verkehrspolitik als ihre politischen Schwerpunkte.

Hiltrud verweist u. a. auf die GRÜNEN Erfolge beim Freiflächenschutz und die konsequente Umsetzung GRÜNER Positionen und Parteibeschlüsse im Regionalen Flächennutzungsplan (RFNP) sowie auf die laufenden Diskussionen um den Sozialtarif oder die Kinderbetreuung U 3. Rolf betonte u. a. die Verhinderung der Messeeiserweiterung in die Gruga hinein und die Stärkung des ÖPNV, wobei insbesondere die Modernisierung des HBF eine wichtige Forderung der GRÜNEN ist.

Vorstand und Fraktion werden nun gemeinsam mit Hiltrud und Rolf daran gehen, Vorschläge zu entwickeln, wie diese Schwerpunkte in das kommende Wahlprogramm eingebettet werden könnten. Wie das Wahlprogramm im Einzelnen aussehen soll, wird nach den Ferien zusammen mit den Mitgliedern erarbeitet. Wir freuen uns auf spannende Debatten, an deren Ende ein Wahlprogramm stehen soll, das deutlich macht, wofür GRÜNE stehen, jetzt und in Zukunft. Der Vorstand wünscht beiden, Hiltrud und Rolf, einen starken Wahlkampf, Unterstützung von allen GRÜNEN und viel Erfolg.

Julia Kahle-Hausmann
Thorsten Drewes

Kommentar: Messechef im Abseits – Erfolg für die GRUGA

CDU und GRÜNE haben bekundet, den Vertrag des Geschäftsführers der Messe Dr. Joachim Hennecke nicht zu verlängern und eine neue Ausschreibung vorzunehmen. Der Aufsichtsrat der Messe hat mit schwarz-GRÜNER Mehrheit bereits so gegen die Stimmen der SPD entschieden. Der Stadtrat beschließt am 25.6. darüber. In erster Linie ist der Abschied von Hennecke die Quittung für sein Vorgehen mit der Brechstange in Sachen Messeerweiterung. Sein selbstherrliches Auftreten ohne Sensibilität für die politischen Mehrheiten haben das Fass zum Überlaufen gebracht. Beim Ausbau der Messe einzig und allein auf eine Erweiterung in den GRUGA-Park zu setzen, das war letztlich ein Harakiri-Unternehmen. Da er sich in dieser Auseinandersetzung als starrköpfig und unflexibel erwiesen hat, ist das Ausscheiden

nur konsequent. Das dürrtliche Finanzkonzept, einzig auf eine Finanzierung des Umbaus durch die Stadt zu setzen, die finanziell bekanntlich nicht auf Rosen gebettet ist, war zudem ein gewagtes Pokerspiel. Die Alternativen wurden durch GRÜNE und Aktionskreis Rüttenscheid von außen in den Messeaufsichtsrat getragen und nicht von der Messengeschäftsführung selbst entwickelt – ein großes Manko. Die Sanierung der Messe im Bestand (GRÜNE) und das Konzept von Professor Klapp haben der Debatte um die Zukunft der Messe neue und richtige Impulse gegeben, die bei der politischen Mehrheit von schwarz-GRÜN Anklang fanden. Insofern ist der Wechsel des Führungspersonals auch ein deutliches Signal für den Erhalt der GRUGA und all jene, die sich, wie wir GRÜNE, den Expansionsplänen zu Lasten des Parks, in den Weg gestellt haben. SPD mit doppeltem Spiel

Krokodilstränen weint Dr. Hennecke allein die SPD nach. War er doch einer der ihren. Inthronisiert wurde er noch in Zeiten, in denen die SPD allein in Essen schalten und walten konnte, wie sie wollte. Die Messe war quasi ein städtisches SPD-Familienunternehmen für Menschen mit dem richtigen Parteibuch. Die Zeiten sind vorbei. Warum die SPD weiter auf eine Person setzt, die engstirnig an einem falschen Kurs festhielt, wird aber nicht nur mit dem roten Parteibuch begreiflich. Im Aufsichtsrat haben die Genossen Paß und Co. den Kurs ihres Genossen lange gestützt, bevor sie sich unter öffentlichen Druck auch gegen die Erweiterung der Messe in den GRUGA-Park ausgesprochen haben. Glaubwürdigkeit sieht anders aus! Da wiederholt sich etwas, was uns SPD-OB-Kandidat Paß schon in Sachen Zollverein vorgeführt hat. Selbst Mitglied im Aufsichtsrat hat er dort allen Plänen und Ausgaben zugestimmt, um im Rat populistisch über das schwarze Loch Zollverein zu wettern. Dort stimmten dann Paß und die SPD nicht zu. Das nennt man einfach doppelzüngig. Wir freuen uns jedenfalls über unseren Erfolg. Die Pläne, die Messe in die GRUGA hinein zu erweitern, sind vorerst vom Tisch.

Joachim Drell

GRÜNE gegen Müllimporte aus Neapel

Auf Antrag der GRÜNN Fraktion wird sich die RVR-Verbandsversammlung mit der geplanten Lieferung und Verbrennung italienischen Mülls im RZR Herten und anderen Anlagen in NRW (MHKW Essen) befassen. Die GRÜNEN wollen erreichen, dass es nicht zu diesen Importen kommt.

"Die aktuellen Funde radioaktiven Materials in einer vergleichbaren Müllanlieferung aus Kampanien, die jetzt aus Hamburg bekannt geworden sind, bestätigen uns in dieser Position", so Sabine von der Beck, Vorsitzende der GRÜNEN im RVR, "Für uns hat der Schutz der hiesigen Bevölkerung Vorrang vor Profitinteressen der Müllkonzerne!" Dies gelte nicht nur für das kommunal betriebene RZR Herten. Daher soll die NRW-Landesregierung aufgefordert werden, generell keine Importgenehmigung zu erteilen. Die GRÜNEN sind überzeugt, dass die deutschen Behörden mit ihren Genehmigungen für Müllimporte aus Italien nicht dazu beitragen, die dortigen Probleme nachhaltig zu lösen.

"Die NRW-Behörden sollten bei ihrer Forderung bleiben, wonach die italienische Seite ein schlüssiges Maßnahmenpaket zur Beseitigung des Müllnotstands vorlegen muss", so von der Beck, "Unternehmen aus NRW steuern dann gern die notwendigen Technologien bei, um vor Ort die erforderlichen Entsorgungskapazitäten aufzubauen!"

Dauerhafte Lösung für Straßenstrich in Sicht

„GRÜNE und CDU haben unterstützen die Planungen der Stadtverwaltung, den Straßenstrich von der Pferdebahn zum ehemaligen Kirmesplatz an der Gladbecker Straße zu verlagern. Auf der Ratssitzung am 25. 6. soll eine entsprechende Entscheidung getroffen werden.

Paradigmenwechsel in der Ordnungspolitik

Damit endet eine mehr als 14-jährige Vertreibungspolitik durch die Stadt – von der Kastanienallee, Lindengalerie über Hachestraße, Maxstraße, Münchener Straße bis zur Pferdebahn im Jahr 2001.

Der von Wohnbebauung völlig isolierte Kirmesplatz wird von den Hilfsorganisationen Suchthilfe direkt, Bella Donna, Sozialdienst katholischer Frauen (SkF) und der Beratungsstelle Nachtfalter der Caritas einhellig begrüßt. Voraussetzung der Zustimmung der Grünen Ratsfraktion ist allerdings, dass der Kirmesplatz als Standort auf Dauer angelegt ist und daher auch stadtplanerische Veränderungen im Umfeld nachrangig sein müssen.

Neben des überschaubaren und abgeschlossenen Areals des Kirmesplatzes, sind die zentrale Lage, die verkehrsgünstige Anbindung, die Nähe zum Hauptbahnhof und zu den Einrichtungen der Suchthilfe direkt (Drogenkonsumraum in der Hoffnungsstraße) als Vorteile zu nennen.

Die Hilfsorganisationen sollen vor Ort eine feste Anlaufstelle (Container) erhalten, die neben sanitären Anlagen für Mitarbeiterinnen und die Klientinnen auch über einen Aufenthaltsraum, Beratungsraum, Küche sowie einen Arzt- und Behandlungsraum verfügt. Hier können die Frauen sich ausruhen, Kondome bekommen, Spritzen tauschen und sich über Ausstiegshilfen informieren lassen.

Nach ersten Gesprächen mit den Prostituierten bestätigten die Hilfsorganisationen, dass die Frauen den Standort positiv werten und annehmen werden. Die jetzige Situati-

on an der Bottroper Straße, Pferdebahn und Helenenstraße wird als zunehmend gefährlich empfunden, da wenig soziale Kontrolle vorhanden ist.

Verrichtungsboxen sollen kommen

Die Hilfsorganisationen halten die Einrichtung sog. Verrichtungsboxen für notwendig, da die Ausweitung des Sperrbezirkes rund um den Kirmesplatz herum die Frauen zwingen würde, mit den Freiern weit in die Wohngebiete (vornehmlich im Essener Norden) zu fahren. Dies würde wiederum die Sicherheit der Frauen gefährden und Anwohnerbeschwerden nach sich ziehen.

Kirmes geht zurück in die Innenstadt

Inzwischen prüft die Verwaltung auch einen Ersatzstandort für die Kirmes: auf Drängen der Schausteller-Vereinigung sollte ein möglichst innenstadtnaher Standort gefunden werden. Da die Planungen für den Berliner Platz eine Nutzung für Kirmes nicht mehr vorsehen, wird voraussichtlich in der Segerothstraße in Höhe Nordhoffstraße unmittelbar am Cityrand ein Kirmesplatz/ Busparkplatz geschaffen werden.

Nur die SPD schießt quer

Nun gibt es zwar ein gutes Konzept, welches die betroffenen Frauen schützt und von den Hilfsorganisationen begrüßt wird, aber die SPD bleibt unzufrieden. Sie fordert die Verwaltung auf, andere Alternativstandorte zu benennen, ohne selbst einen Vorschlag zu machen, welcher denn möglicherweise geeignet wäre. Das hat den bitteren Beigeschmack einer quengelnden Opposition, die auf Verzögern und Vertagen setzt, ohne selbst Position zu beziehen. Erinnern sollten sich die Genossinnen und Genossen mal daran, dass sie selbst zu Zeiten der SPD-Alleinherrschaft mit der Vertreibungspolitik der Straßenprostitution angefangen haben. Konstruktive Opposition sieht anders aus, aber zur destruktiven reicht es bei der SPD gerade (noch).

Hiltrud Schmutzler-Jäger
Christine Müller-Hechfellner

Lärm macht krank - Lärminderungsplanung für Essen

Am 11. Juni diskutierten Umweltdezernentin Simone Raskob, Prof. Alexander Schmidt von der Universität Duisburg/Essen und Bürgermeister Rolf Fliß (GRÜNE), auf Einladung der Essener GRÜNEN über das Thema Lärm in Essen.

Simone Raskob

stellte dabei das Vorgehen der Stadt Essen bei der gesetzlich vorgeschriebenen Lärminderungsplanung vor. Eigentlich sollte die Stadt bis Mitte diesen Jahres einen solchen Lärminderungsplan zur Bewältigung der größten Lärmprobleme aufstellen. Allerdings wird sich die Erstellung dieses Planes deutlich verzögern, da die Karten mit der Darstellung der Belastungssituation erst vor kurzem fertig gestellt worden sind und der Prozess der Bürgerbeteiligung eine gewisse Zeit in Anspruch nimmt. Die Stadt wird noch in diesem Jahr einen Arbeitskreis „Lärmaktionsplanung“ sowie einen „Lärmbeirat“ bilden. Anfang nächsten Jahres soll ein Rahmenkonzept und ein Entwurf des Lärminderungsplanes erarbeitet werden. Bis zum Ende des Jahres 2009 soll unter Beteiligung der Öffentlichkeit der Lärminderungsplan und Maßnahmenkatalog fertig gestellt werden.

Prof. Schmidt,

der für die Stadt Essen die flächendeckende Erfassung der Lärmsituation in Form von Lärmkarten und Belastungszahlen vorgenommen hat, machte in seinem Vortrag deutlich, dass der Straßenverkehrslärm mit Abstand das Hauptproblem bei der Lärmbelastung in Essen ist. Viele Essenerinnen und Essener sind Belastungen ausgesetzt, die nachweislich gesundheitsgefährdend sind. Die Lärmkarten sind ab dem 25. Juni auf der Webseite der Stadt Essen (www.essen.de) zu sehen, so dass sich jede/r einen Eindruck über die individuelle Belastungssituation machen kann.

Rolf Fliß

forderte eine integrierte Planung. So müsse die Lärminderungsplanung mit anderen Planungen (z.B. Bauleitplanung, Luftreinhalteplanung, Verkehrsplanung) eng verzahnt werden. Maßnahmen zur Verringerung der Feinstaubbelastung, wie Geschwindigkeitsreduzierungen, Lkw-Fahrverbote und die Förderung von Fuß-, Rad- und öffentlichem Nahverkehr, würden auch zur Verringerung des Verkehrslärms beitragen.

Fluglärm stört auch Nachtruhe

Einen großen Raum in der Diskussion nahm die Fluglärmbelastung durch die Flughäfen Düsseldorf und Essen/Mülheim ein. Dabei wurde deutlich, dass die auf Durchschnittswerten beruhenden Lärmkarten nur unzureichend die tatsächliche Belastungssituation abbilden. Denn die besonders schwerwiegende Belastung in den Abend- und Nachtstunden oder auch am Wochenende werden bei dieser Betrachtungsweise weggemittelt. Außerdem müssen die Eingangsdaten für die Lärmberechnung kritisch hinterfragt werden, da diese allein von den Betreibern der Flughäfen stammen. Von den Vertretern des Vereines „Bürger gegen Fluglärm“ wurde deshalb eingefordert, beim Prozess der Lärminderungsplanung der Stadt Essen aktiv beteiligt zu werden. Dies wurde von Umweltdezernentin Simone Raskob auch zugesichert.

Ein wesentliches Fazit der Veranstaltung war außerdem: Die Lärmprobleme der Stadt lassen sich nur mittel- bis langfristig lösen. Hier bedarf es eines langen Atems, aber auch kreativer Vorschläge. Entscheidend wird sein, dass künftig bei allen Planungsprozessen die Auswirkungen auf die Lärmsituation mit berücksichtigt werden.

Helmar Pless

LEG-Wohnungen werden Heuschreckenfraß

Zu den Presseberichten zum Verkauf der LEG-Wohnungen an den Immobilienfonds der amerikanischen Investmentbank Goldman-Sachs, Whitehall, erklärt der wohnungsbaupolitische Sprecher der GRÜNEN Landtagsfraktion Horst Becker:

„Der Ministerpräsident stellt die Gewinnmaximierung für den Landeshaushalt eiskalt über den Mieterschutz für 300.000 Menschen. Anders ist nicht zu erklären, dass die Landesregierung die LEG-Wohnungen, die als Landeseigentum sozialen Wohnraum gesichert haben, ausgerechnet an einen international agierenden Hedgefonds verkauft. Dass dieser Verkauf an eine Heuschrecke sozial verträglich gestaltet werden könne, ist eine weitere Lebenslüge. Den Mieterinnen und Mietern der LEG-Wohnungen in Essen droht nun eine Explosion der Mietkosten. Zu befürchten steht außerdem der Zerfall ganzer Siedlungen durch ausfallende Instandhaltungen.“

Mit großem Misstrauen wird der Verkauf vom GRÜNEN Kreistagverband gesehen. Der Vorstandssprecher der GRÜNEN Dr. Thorsten Drewes ergänzt:

„In naher Zukunft wird sich bewahrheiten, dass die Sozialcharta der Landesregierung wertlos ist. Die Mieterschutzverbände



Daniela Schneckeburger, Landesvorsitzende der GRÜNEN, sammelt auf der Kettwiger Str. Unterschriften gegen den Verkauf der LEG

weisen seit langem zu Recht darauf hin, dass die angeblichen Schutzklauseln der Landesregierung geradezu Tür und Tor öffnen für Mieterhöhungen und den langsamen Verfall der Wohnungen.“ Aber eins ist und bleibt klar: Verantwortung für die negativen Folgen tragen auch die CDU und FDP. Für eine soziale Stadtentwicklungspolitik geht uns mit dem LEG-Verkauf ein wichtiger Partner verloren, weil die LEG u. a. auch für Wohnumfeldentwicklung und Stadtentwicklung Sorge getragen hat. Diese Funktion entfällt ersatzlos zum Schaden der Stadt.“

Für Essen ist dies eine negative Entscheidung, weil eine Heuschrecke große Teile der Wohnungsbestände übernimmt. "In Essen sind ca. 2000 Wohnungen von diesem Verkauf betroffen. Ein Volksbegehren gegen den Verkauf der LEG, das auch die GRÜNEN landesweit unterstützt hatten, war zuvor gescheitert. Fazit: „Steigende Mieten, weniger Mieterrechte fehlende Investitionen – das sind die zu befürchtenden Folgen des Verkaufs an den Immobilienfonds der US-Investmentbank Goldman Sachs“, erklärt die Vorsitzende der GRÜNEN NRW, Daniela Schneckeburger. Die städtische Allbau AG erklärt zwar weiterhin, dass sie daran interessiert ist, die Essener LEG Wohnungen zu übernehmen, aber nachdem schon das Land dem Allbau einen Korb gegeben hat, ist nicht unbedingt zu erwarten, dass diese Möglichkeit noch zum Zuge kommen könnte.

Niederflurstraßenbahnen statt U12 für die Südstrecke

Der Arbeitskreis Verkehr der GRÜNEN lehnt den von der EVAG vorgestellten und in der Presse bekannt gemachten Plan des Baus einer Stadtbahn nach Bredeney (U12) ab. Dafür sind zunächst städteplanerische Gründe relevant: Für den Bau der breiten Stadtbahn müsste die Bredeneyer Straße bis zur Unkenntlichkeit verändert werden, Bäume gefällt oder aufgeastet werden, Platz für Fußgänger und Radfahrer entfallen. Die geplanten Hochbahnsteige würden Straßenbild und Verkehrssituation in der engen Straße vollends ruinieren. Trotz dieses hohen Preises könnten nach dem Umbau nur kurze Züge auf der Strecke fahren, so dass die teure Stadtbahn nicht einmal den möglichen Nutzen bringt.

Ausschlaggebend für die Ablehnung ist, dass gar nicht genügend Stadtbahn-Fahrzeuge zum Betrieb der neuen Linie vorhanden sind - diese müssten von anderen Linien abgezogen werden, wo sie aber dringend gebraucht werden. Eine solche Kürzung vorhandener Verkehre zugunsten einer neuen, sinnlosen Stadtbahn wird von Grünen kategorisch abgelehnt.

Stattdessen soll die zweite, laut EVAG ebenso gute mögliche Variante realisiert werden: Diese sieht einen Umbau der U-Bahnhöfe vor, so dass dort Niederflurfahr-Trams fahren können. Diese würden dann wie gewohnt Bredeney erschließen, zusätzlich barrierefrei und auch ohne störende Umbauten. Statt durch teure Umbauten den Stadtteil Bredeney zu verschandeln, würden bei dieser Variante mehr neue Straßenbahnen beschafft, so dass alle Tram- und die vorhandenen Stadtbahn-Linien ausreichend bestückt werden können.

Moritz Balz

Grüner Gesetzentwurf: Abstimmung im Landtag

Chance vertan, den Kopfnoten-Unsinn zu beenden

Anlässlich der Abstimmung über den GRÜNEN Gesetzentwurf zur Abschaffung der Kopfnoten erklärt der Vorstandssprecher der Essener Grünen Dr. Thorsten Drewes:

"CDU und FDP haben die Chance vertan, den Kopfnoten-Unsinn zu beenden. Weiterhin müssen Lehrerinnen und Lehrer auch bei uns in Essen viel Zeit und Energie in eine pädagogisch unsinnige Maßnahme investieren. Diese Zeit wäre für die Förderung der Schülerinnen und Schüler besser eingesetzt. Ziffernnoten für das Arbeits- und Sozialverhalten sind schädlich. Sie gaukeln eine objektive Bewertung nur vor. Mit unserem Gesetzentwurf haben wir GRÜNE uns für eine Rückmeldung zum Arbeits- und Sozialverhalten eingesetzt, die differenziert ist und den Schülerinnen und Schülern auch Entwicklungsmöglichkeiten zeigt.

Gegen die Vorgaben des Schulministeriums haben die evangelischen Schulen erstritten, weiterhin keine Kopfnoten vergeben zu müssen. Die Freiheit dieser evangelischen Schulen muss ein Signal für alle Schulen sein. Auch im Sinne der Eigenverantwortlichkeit von Schulen ist der Kopfnoten-Zwang nicht zeitgemäß.

CDU und FDP haben den GRÜNEN Gesetzentwurf abgelehnt, obwohl die sechs Kopfnoten auf den Zeugnissen selbst in den Koalitionsfraktionen umstritten sind. Änderungen sind absehbar, noch will die Landesregierung aber nicht über ihren Schatten springen. Das geht zu Lasten der jetzigen Schülergeneration, die sicherlich als einzige mit sechs Kopfnoten auf den Zeugnissen durchs Leben geht. Wie beim Zentralabitur zögert Schulministerin Sommer auch bei den Kopfnoten zu lange."

GRÜNE Themen sind voll im Trend!

Aber Politik und Partei profitieren nicht davon.

Das wollen wir ändern! Da ist doch mehr drin – mit Dir da wird's was. Wir wollen expandieren und suchen daher interessierte Menschen, die ihre Zukunft in die eigenen Hände nehmen wollen!

Anforderungsprofil:

Sie interessieren sich für Politik und sind offen für neue Erfahrungen, Sie wollen sich für die Umwelt einsetzen und die Gesellschaft sozialer und gerechter gestalten. Sie haben vielleicht schon öfter „grün“ gewählt, sie sind es leid, zu hören: „Die da oben machen doch, was sie wollen.“ Wenn Sie dann auch noch etwas (Frei-)Zeit haben, sollten Sie mal bei uns reinschauen!

Wir bieten:

Eine angenehme Arbeitsatmosphäre, in einem engagierten Team arbeiten Sie an Themen, die Sie selber interessieren, flache Hierarchien, keine Bezahlung, aber viel Spaß an politischer Arbeit! Interesse? Dann melden Sie sich bei uns



Ruhr: Trinkwasser-Schutz-Maßnahmen sofort umsetzen

Anlässlich der Pressekonferenz von Umweltminister Uhlenberg zur Trinkwasserqualität in NRW erklärt **Johannes Remmel MdL**, parlamentarischer Geschäftsführer und umweltpolitischer Sprecher

„Zwei Jahre nach dem PFT-Skandal beginnt Minister Uhlenberg erst jetzt langsam, das Trinkwasserproblem an der Ruhr umfassender zu analysieren und eine Professoren-Kommission einzuberufen. Wir begrüßen, dass endlich Sachverstand von außen einbezogen wird. Das darf aber nicht als Alibi dazu dienen, jetzt schon dringend erforderliche und mögliche Maßnahmen wie belastbare Rechts-Bescheide für Industriebetriebe weiter auf die lange Bank zu schieben.

Die heute angekündigten Maßnahmen sind leider noch viel zu unverbindlich und unkonkret. Zum einen bleibt vollkommen unklar, wie das lange geforderte Abwasser-Kataster, die Nachrüstung von Kläranlagen oder die Verstopfung der Industrie-Quellen rechtlich verbindlich umgesetzt und finanziert werden sollen. Zum anderen wird die Geheimniskrämerei um die Abwasserdaten und die Trinkwasserverschmutzung systematisch weiter betrieben. Die fünf Millionen Menschen an der Ruhr wollen aber endlich wissen, was in ihren Trinkwasserfluss Ruhr gekippt wird.

Während der PFT-Gift-Skandal mit den neuen Blutuntersuchungen und den neu gefundenen PFBA-Werten im Trinkwasser noch längst nicht ausgestanden ist und die TOSU-Verschmutzung unverändert hoch ist, versucht Umweltminister Uhlenberg statt mit Taten mit schönen Visionen die heile Welt zu verkünden.“

Als Folge des PFT-Skandals wird die Wasseraufbereitung an der Ruhr verbessert. Auch die Stadtwerke Essen haben einen entsprechenden Investitionsbeschluss gefasst. Handlungsbedarf gibt es für die Kläranlagen des Ruhrverbandes, die ebenfalls mit eien zusätzlichen Klärstufe nachgerüstet werden müssen, um unliebsame Chemikalien in unsrem Trinkwasser zu verhindern.

Flickenteppich Umweltzone gefährdet Gesundheit unnötig

Auf der letzten Ratssitzung vor den Sommerferien wird die Stadt Essen nochmals Einsprüche gegen den von der Landesregierung verordneten Flickenteppich formulieren. In Essen liegen viele besonders stark vom Feinstaub belastete Gebiete außerhalb der geplanten Schutzzone. Dazu gehören beispielsweise Teile Vogelheims, Karnap und der Stadthafen aber auch der Werdener Ortskern mit der B224. In Altenessen hatte die Bezirksvertretung zuvor einen Antrag der GRÜNEN, den Stadtbezirk insgesamt der Umweltzone zu unterstellen, angenommen. Außerdem führten die GRÜNEN in Werden einen Ortstermin durch, um auf die dortige prekäre Lage hinzuweisen. Für zu viele stark belastete Gebiete wird nichts getan. Dies wird auch der Stadtrat in seiner letzten Sitzung vor den Sommerferien noch einmal deutlich machen und Nachbesserungen fordern. Wenn die Landesregierung auf ihrer Planung beharrt, wird sich spätestens bei der Überprüfung der Maßnahme ergeben, dass sie unzureichend war. GRÜNE treten nach wie vor für die vom Regionalverband Ruhr (RVR) vorgeschlagene Lösung einer flächendeckenden Umweltzone im gesamten Ruhrgebiet ein. Diese wäre für Verwaltung wie Wirtschaft leichter zu handhaben. Die Landesregierung nimmt zu viel Rücksicht auf Firmen wie Privatpersonen die mit veralteten Fahrzeugen die Umwelt unnötig hoch mit Feinstaub und Abgasen belasten, statt darauf zu setzen, dass das technisch Mögliche getan wird, um diese gesundheitsgefährdenden Belastungen zu verringern.

Der weitere Umbau der Umweltzone 2012 ist vermutlich vorprogrammiert und wird zusätzlich vermeidbare Ausgaben produzieren, weil dann vieles geändert werden muss, um mit Verspätung doch noch Nägel mit Köpfen



Hiltrud Schmutzler-Jäger (Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN im Rat), Martin Tönnies (Sprecher der GRÜNEN RVR-Fraktion), Julia Kahle-Hausmann (Vorstandssprecherin) und Johannes Remmel (umweltpolitischer Sprecher der Landtagsfraktion) beim Ortstermin in Werden an der Brückstraße.

Foto MH.

Elbtal erhalten - WeltKulturMarsch in Essen



Am 15. Juni um 16.00 Uhr traf der WeltKulturMarsch in Essen ein. Am 9. Juni sind Vertreter der INITIATIVE WELTERBE ERHALTEN, stellvertretend für 50 000 Unterzeichner gegen den Verlust des UNESCO-Welterbes Dresdner Elbtal, zu einem WeltKulturMarsch aufgebrochen, der am 21. Juni Berlin erreichte. In insgesamt 12 Städten haben sie über den drohenden Welterbeverlust in Dresden aufgeklärt, auf Missstände hingewiesen und Solidarität für den Erhalt der Umwelt und des Unesco-Welterbes der Menschheit mobilisiert.

"Ein Weltkulturerbe gehört nicht einer Stadt oder einem Land sondern allen Menschen. Deshalb sind Unesco-Welterbestätten Bundesangelegenheit", sagte der Sprecher der Dresdner INITIATIVE WELTERBE ERHALTEN Michael Grasemann.

In Essen warb diese Initiative auf dem Willy-Brandt-Platz für den Erhalt des Weltkulturerbes Elbtal Dresden. Auf einer großen Leinwand wurden Bilder aus Dresden gezeigt, um gegen den Bau der „Waldschlößchenbrücke“ zu protestieren. Die Initiative Weltkulturerbe tritt für eine Tunnellösung ein Die GRÜNEN Essen haben

diese Veranstaltung unterstützt. Ratsherr Rolf Fliß (GRÜNE) sprach auf der Kundgebung und rief zur Solidarität mit Dresden auf. Auf der Veranstaltung wurden auf einer großen Leinwand Bilder aus Dresden gezeigt.

Die Flusslandschaft der Elbe ist aber nicht nur durch den Brückenbau in Dresden gefährdet. Seitens des Bundes gibt es Planungen, die Elbe zu vertiefen und zu kanalisieren, um sie schiffbar zu machen. Dies gefährdet den weitgehend noch natürlichen Flusslauf insgesamt und ist zudem ökonomisch höchst fragwürdig.

Essen hat mit der Zeche Zollverein ebenfalls ein Weltkulturerbe zu pflegen. Deshalb hoffte man seitens der Initiative auf ein besonderes Verständnis der Essener Bürgerschaft für das Anliegen. Organisiert hat den WeltKulturMarsch die Grüne Liga Sachsen, ein Umweltverband der in der Endzeit der DDR seine Wurzeln in der Friedens- und Bürgerrechtsbewegung hat. Bündnis 90 lässt grüßen!

Joachim Drell

Internet: www.welterbe-erhalten.de,
www.elbtunnel-dresden.de

Kai`s Brief aus Berlin

Liebe Freundinnen und Freunde,

knapp 15 Monate vor der nächsten Bundestagswahl haben sowohl Union als auch SPD unüberhörbar den Wahlkampf eingeläutet. Wegweisendes wird erst gar nicht mehr angepackt, lieber zeigt sich das Kabinett Merkel jubelnd auf den EM-Tribünen in Österreich und der Schweiz. Mit solchen Bildern lassen sich schlechte Nachrichten in den Hintergrund drängen, wie das Resümee des soeben vorgelegten zweiten „Nationalen Bildungsberichts“.

Bildungsbericht: Bildungsmisere statt Bildungsrepublik!

Zwar gab es 2007 laut Bericht mehr Ausbildungsplätze als in den Jahren zuvor. Dennoch fand fast die Hälfte aller BewerberInnen keinen Ausbildungsplatz, sondern musste sich mit einer Maßnahme im Übergangssystem begnügen. Dieses System leistet aber nicht das, was sein Name verspricht: Es ermöglicht nur wenigen einen guten Übergang von der Schule in eine Ausbildung. Der neue Bildungsbericht betont zudem, dass das bestehende duale System kaum noch in der Lage ist, Jugendliche mit geringerem Bildungsniveau zu integrieren. Dies verschärft die prekäre Situation von HauptschülerInnen. Zwei Drittel schaffen auch eineinhalb Jahre nach ihrem Abschluss keinen Einstieg in eine qualifizierende Ausbildung! Betroffen sind davon besonders Migranten-Jugendliche. Es ist mehr als offensichtlich, dass sich die Schulform Hauptschule überlebt hat. Sie sollte deshalb abgeschafft werden. Wir fordern, SchülerInnen nicht nach der Grundschule auszusortieren, sondern sie stattdessen länger gemeinsam zu unterrichten und individuell zu fördern. Nur so kann die Zahl der Schulabbrecher endlich deutlich reduziert werden. Der mittlere Abschluss muss zum Regelabschluss werden, auf den sich individuelle Förderung ausrichtet.

Im internationalen Vergleich zu gering sind nach Experten-Meinung die Bildungsausgaben, sowohl der Privaten als auch der öffentlichen Hände. Auch wenn sie im Jahr 2006 bei 142,9 Mrd. Euro und damit fast 15 Mrd. über den Ausgaben von 1995 lagen, sind sie im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) gesunken. Machten sie 1999 noch 6,9% des BIP aus, waren es 2006 nur noch 6,2%. Fast alle Bildungsstufen von Schule über Hochschule bis Weiterbildung leiden unter einer massiven Unterfinanzierung.

Gerade bei den Studierendenzahlen hinkt Deutschland stark hinterher. Die Studienanfängerquote lag 2007 mit knapp 37% noch immer unter dem Höchststand von 39% im Jahr 2003. Sie ist damit weiterhin deutlich unter der für die wirtschaftliche Entwicklung notwendigen Zielmarke von 40%. Daneben ist die Studienabbrecherquote noch immer viel zu hoch. Hier müssen Länder und Bund im Hochschulpakt 2 mehr Geld für bessere Studienbedingungen investieren.

Wer wie die Bundesregierung Aufstieg durch Bildung verspricht, muss sich endlich ernsthaft um Bildungspolitik kümmern. Zuständigkeitseifersüchteleien, föderale Einzelinteressen und Wahlkampfgetöse sind angesichts der großen Herausforderungen verfehlt. Dass die Bundeskanzlerin, nachdem sie 2006 im Zuge der Föderalismusreform I gemeinsam mit der FDP dem Bund nahezu alle Bildungskompetenzen entzogen hat, jetzt von der „Bildungsrepublik Deutschland“ fabuliert, kann als Gesinnungswandel aufgefasst werden – oder als hohle Phrase und pure Substanzlosigkeit! Der Bildungsgipfel im Herbst muss mehr werden als Merkels nächste folgenlose Showveranstaltung.

Nach dem irischen Nein: Wege zum neuen EU-Vertrag aufzeigen

In Respekt vor dem Votum der Iren können wir uns, kann sich die EU keine weitere Reflexionsphase leisten. Immense Aufgaben wie Klimaschutz oder die soziale und ökologische Gestaltung der Globalisierung sind jetzt zu lösen. Dafür brauchen wir zügig und eine gemeinsame **Lösung für und mit Irland**. Der Europäische Rat muss mit einem konkreten Ergebnis enden. Wir müssen die Ratifizierung des Vertrages fortführen. Mittlerweile haben 19 Mitgliedstaaten den Vertrag ratifiziert. Der Vertrag bringt dringende Reformen für die EU. Ohne sie gibt es keine verbindliche Grundrechte-Charta mit individuell einklagbaren Rechten, ohne sie kein Bei-



Kai Gehring bei einer Station der bundesweiten Jugend-Tour gegen Rechtsextremismus

tritt der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention, ohne sie keine Aufwertung der Daseinsvorsorge gegenüber dem Wettbewerbsrecht, keine europäische Bürgerinitiative, keine Ausweitung der parlamentarischen und gerichtlichen Kontrolle über die polizeiliche Zusammenarbeit. Wir müssen die EU reformieren, wie wir es in und mit Laeken bereits im Jahr 2001 den BürgerInnen versprochen haben. Wir wollen keine EU der Regierungen, sondern der BürgerInnen.

Forderungen nach einem "Kerneuropa" oder der verstärkten Zusammenarbeit in verschiedenen Politikfeldern lösen die anstehenden Aufgaben nicht. Abzulehnen sind auch die Forderungen von Abgeordneten aus Bundestag und Europäischem Parlament, laufende Beitrittsverhandlungen mit Kroatien und der Türkei zu stoppen. Diese Verhandlungen wurden einstimmig eröffnet und müssen fair weitergeführt werden. Klar ist aber auch, dass wir vor der nächsten Erweiterung Reformen an den Strukturen der Europäischen Union, also wiederum den Vertrag von Lissabon, brauchen. Auch darf es keine Aufkündigung der Beitrittsperspektive geben. Gerade die Staaten des westlichen Balkans sind angesichts des irischen Neins in großer Sorge um ihre europäische Perspektive. Gerade für diese Staaten ist die europäische Perspektive aber zentral, um den oft schmerzhaften Reformprozess durchzustehen. Frieden und Stabilität auf dem Westbalkan muss im Interesse aller sein.

Die Regierung Merkel hatte sich für die deutsche Ratspräsidentschaft auf die Fahnen geschrieben, das Vertrauen der BürgerInnen in die EU zu stärken. Doch passiert ist hierzu nichts. Nicht einmal die nationalen Parlamente wurden in die Erarbeitung der Berliner Erklärung oder in die Vorbereitung zum Vertrag von Lissabon einbezogen.

Soweit für diese Ausgabe – bis bald in Essen!

Herzliche grüne Grüße aus Berlin
-> Kai (Kai Gehring, MdB)

Junge Grüne lehnen Neubau des Rathaus- Eingangs ab

Im Rahmen des Umbaus der Rathaus Galerie, dem ehemaligen City Center, plant die Stadtverwaltung 500.000 Euro für den Neubau des Rathaus-Eingangs zu „investieren“. Diese „Investition“ lehnen die Jungen Grünen mit Nachdruck ab.

„Es kann nicht sein, dass die Bausubstanz der Essener Jugendhäuser immer mehr verkommt und man sich in der Stadtverwaltung Gedanken über einen neuen pompösen Glas-Eingang fürs Rathaus macht. Bei der aktuellen finanziellen Lage der Stadt ist es unverständlich, warum 500.000 Euro quasi von heute auf morgen für einen solchen Umbau zur Verfügung gestellt werden sollen, wo es doch an anderen Ecken, besonders im Kinder- und Jugendbereich an allen Ecken fehlt“, kritisiert Pascal Hesse, Vorstandssprecher der Jungen Grünen Essen.

Die bisherigen Eingänge erfüllen seit Jahren ihren Zweck, wenn auch nicht zur vollsten Zufriedenheit aller. „Anstatt eine halbe Millionen Euro für einen Neubau zu verschwenden, würden wir die Entscheidung, den zweiten Haupteingang in Richtung Rathaus Galerie, kostengünstig, sicher und behindertengerecht umzubauen, begrüßen. Für Schnickschnack und eine repräsentative Glasfassade fehlt in unseren Augen das nötige Kleingeld – Recycling ist angesagt“, erklärt Pascal Hesse weiter.

Pascal Hesse

GRÜNE Tipps und Termine

KARMARIDERS – Radelnd unterwegs für Kinder

Wir, eine Gruppe von fünf Studenten, wollen vom 30. August - 30. September 2008 auf einer Radtour quer durch Deutschland Spenden für Kinderhilfsprojekte in Nordost-Indien sammeln. Dazu wollen wir möglichst viele Menschen aktivieren, die uns auf einem Teil der Strecke von Duisburg über Essen, Bochum, Dortmund, Münster, Hamburg, Berlin, München und Frankfurt zurück bis nach Duisburg begleiten. Unsere Idee ist es, dass jede/r Mitfahrer/in von Bekannten, Freunden und Firmenkollegen pro gefahrenen Kilometer eine kleine Geldspende sammelt und für die Kinder zur Verfügung stellt.

Im Herbst 2008 werden wir dann mehrere tausend Kilometer mit dem Fahrrad durch die Fußhügel des Himalaya und die Landschaften Nordost-Indiens zu den Projektlokationen radeln. So können wir die gesammelten Spenden vor Ort persönlich überreichen und die Situation hautnah erleben. In Nordost-Indien leben Millionen arme und benachteiligte Kinder. Wir möchten dazu beitragen, dass möglichst viele dieser Kinder eine Chance auf eine bessere Zukunft bekommen.

Durch unsere Tour möchten wir die Aufmerksamkeit auf das Schicksal dieser Kinder lenken.

Die KARMARIDERS haben sich zwei Projekte in den Städten Nordost-Indiens für konkrete Förderung ausgesucht:

- Eine bessere Schule für 25 Dörfer
- Ein Haus für Straßenkinder

Auf der Hinfahrt kommt die Tour am 30.8. (Samstag) um 12.30 Uhr auf dem Willy-Brandt-Platz an. MitradlerInnen mit Spenden sind ausdrücklich erwünscht! Start nach Bochum um 13.01 Uhr

Große Baustellenradtour –Wiederholung

Am Sonntag, den 13.7. ab 11.00 Uhr startet vom Rüttenscheider Platz (Markt) erneut eine große Baustellenradtour. Simone Raskob (Bau und Umweltdezernentin) und Rolf Fliß (GRÜNER Bürgermeister) machen sich zum zweiten Mal auf den Weg, um interessierten BürgerInnen einige Großbaustellen in der Stadt zu zeigen. Mit auf dem Programm sind die neue EON-Ruhrgas-Zentrale am ehemaligen Grugastadion, das Folkwangmuseum und das Glückaufhaus sowie der größte Bauplatz: der Kruppgrütel mit Park und neuem Krupp-Konzernsitz. Sowie der Berliner Platz/Universitätsviertel. Weil an der ersten Radtour über 100 Personen teilnahmen, wird diese Besichtigungstour mit sachkundigen Erläuterungen durch die Reiseleitung erneut angeboten.

CSD in Essen - Essen andersum

Am 2. August von 12-22 Uhr werden rund um die große Showbühne die Infostände von Gruppen und Vereinen aus der Region für Toleranz, Aufklärung und Informationen sorgen. Der Christopher Street Day in Essen steht aber auch für politische Aufklärung und bietet durch die Einladung von politisch Verantwortlichen, darunter sind auch verschiedene Bundestagsabgeordnete –natürlich auch Kai Gehring (GRÜNE) eine Plattform für schwullesbische Anliegen. Hier müssen die Verantwortlichen gegenüber der Community Rede und Antwort stehen. Auf dem Kennedyplatz gibt es aber auf jeden Fall viel zu erleben. Auf der CSD-Bühne wird es einen Programm-Mix geben, der neben Polit-Talks viel Live-Musik beinhaltet. Auch eine Schweigeminute der Aids-Hilfe Essen ist vorgesehen. Das 10-stündige Programm bietet einen bunten Mix aus Musical, Kabarett, Schlager- und Pop-Künstlern aus ganz Deutschland. Mit dabei ist unter anderem der schwule Chor Vielhomonie Rhein Ruhr, Holger Edmaier, Denis Treibelmeier, Danielle Tompson, Uwe Görke, Erna Schmidtman, usw. Durch das Programm führen wie in jedem Jahr Allroundtalent „Miss Jeanny“ und Radio Rosa Rauschen Moderator Klaus-Peter Natschke.

GRÜNER KALENER

Wann			Was	
2.7.	Mi	18.00	Frohnhausen	18.00 Uhr pol. Gespräch, 19.00 Stammtisch der GRÜNEN E-West im „j & h“, Lüneburger Str. 40
2.7.	Mi	20.00	Rüttenscheid	GRÜNER Stammtisch Rüttenscheid im Cafe Cult, Giradetzentrum
4.7.	Fr		Uni Du-E	Kai-Gehring (MdB) und hochschulpolitischer Sprecher auf Unittour in Essen
4.7.	Fr	19.30	Kupferdreh	Stammtisch von Unternehmensgrün im Lukas Prinz Friedrichstr im Bahnhof
6.7.	So	9.30	Willy-B-Platz	Gemütliche Familien-Radtour mit der EFI zur Sechs-Seen-Platte (60km)
7.7.	Mo	20.00	Altenessen	GRÜNER Stammtisch in der Zeche Carl
8.7.	Di	20.00	Stadtmitte/Hutrop	GRÜNER Stammtisch BV I in den Warsteiner Stuben, Steeler/Herwarthstr.
13.7.	So	11.00	Rüttenscheider Platz (Markt)	Baustellenradtour mit Dezernentin Simone Raskob und Bürgermeister Rolf Fliß Dauer ca. 4 Stunden
20.7.	So	9.30	Willy-Brandt-Platz	Eisenbahnstadt Essen, EFi Radtour, 45 km gemütlich
27.7.	So	9.30	Willy-Brandt-Platz	Radtour zur Klusenkapelle mit der EFi, 2 Std. gemütlich-hügelig
2.8.	Sa	11.00 – 22.00	Kennedyplatz	CSD in Essen – Stand der GRÜNEN, Redebeitrag von Kai Gehring (MdB)
3.8.	So	9.30	Willy-Brandt-Platz	Historische Tour nach Ob-Eisenheim, EFi Radtour, 31 km flott-eben
3.8.	So	14.00	Abteikirche Werden	Kirchenradtour mit Ob-Reiniger und der EFi,
6.8.	Mi	18.00	Frohnhausen	18.00 Uhr pol. Gespräch, 19.00 Stammtisch der GRÜNEN E-West im „j & h“, Lüneburger Str. 40

Abonnieren und Abbestellen

Sie erhalten diesen Newsletter, weil sie sich auf unserer Homepage www.gruene-essen.de in unseren Verteiler eingetragen haben. Es kann aber auch sein, dass Ihnen diese Ausgabe unserer „GRÜNEN Zeiten“ von uns oder anderen zugesandt wurde, weil wir meinten, dass Sie Interesse an Informationen von GRÜNEN zum Geschehen in Essen und Drumherum haben. Wenn Sie eine regelmäßige Zusendung des Newsletters „GRÜNE Zeiten“ wünschen, klicken sie auf unserer Homepage den Button „Newsletter Abo“ an und tragen ihre Email-Adresse ein. Über diesen Knopf ist jederzeit auch eine Abbestellung möglich. Es liegt uns fern, Sie unaufgefordert mit E-Mails zu belästigen.

Impressum Newsletter

Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Essen
Limbecker Str. 48-50, 45127 Essen
Tel.: 0201- 24764-33
Kreisverband@gruene-essen.de
Redaktion: J. Drell, H. Pless und alle
Vorstandsmitglieder
Gestaltung: F. Yaldizli/raumzeichenruhr